



# Das wahre Gesicht des Nationalsozialismus

## Theorie und Praxis der NSDAP.

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner E. V., Sitz Magdeburg

# Inhalts-Verzeichnis

# Vorwort des Bundesführers.

Nationalsozialismus ist Volksseuche. Kein Wunder, daß der durch Krieg und Zusammenbruch tödlich geschwächte Körper des deutschen Volkes für Ansteckung mit Krankheitskeimen besonders empfänglich war. Er ist es in bedrohlichem Maße leider auch heute noch.

Jeder Heilungsprozeß braucht seine Zeit, auf dem Gebiete des Politisch-Moralischen ebenso wie auf dem des Körperlich-Seelischen. Aber es wäre grundfalsch, auf die Allmacht der Entwicklung zu vertrauen und die Hände in den Schoß zu legen, statt rechtzeitig helfend einzugreifen.

So mußte und muß auch zur Bekämpfung dieser Volksseuche, die da Nationalsozialismus heißt, zweierlei geschehen. Einmal mußte und muß die Widerstandsfähigkeit der Nation gekräftigt werden. Dies bedingte den Zusammenschluß aller deutschen Volksgenossen, die sich durch die politische, vor allem die außenpolitische Not der Gegenwart und durch den Druck der wirtschaftlichen Bedrängnis nicht unterkriegen lassen wollen. Diese machtpolitische Aufgabe haben wir in Angriff genommen mit dem organisatorischen Zusammenschluß im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, wir arbeiten an ihr Tag für Tag mit dem Aufruf zur Stärkung aller freiheitlichen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Zum anderen aber muß — und das ist bislang leider nicht in dem wünschenswerten und notwendigen Maße geschehen — das Mittel der Vorbeugung angewendet werden, und dies ist im politischen Leben die Kritik.

Der Faschismus — und der deutsche Nationalsozialismus in allen seinen Schattierungen, verkörpert insbesondere in der sogenannten „Arbeiterpartei", ist nichts anderes als eine vergröberte Form dieses undeutschen Faschismus — hat sich mit gutem Grunde die geistig noch nicht selbständig gewordenen, für den demokratischen Gedanken trotz 1848, trotz 1918 immer noch nicht gewonnenen Teile des Kleinbürgertums in Stadt und Land als Beute und Machtgrundlage ausersehen. Solches Kleinbürgertum bedeutet dumpfe Verzweiflung über schlechte Zeiten, Unfähigkeit zur

Selbsthilfe, bedeutet unmännliches Hoffen auf eine allgewaltige faschistische Zentralgewalt, die nichts andres sein oder werden kann als das Machtinstrument egoistischer Cliquen; denn nirgends lassen sich besser Geschäfte machen als im Dunstkreis solch einer allmächtigen Bürokratie. Diese Art undeutschen Kleinbürgertums bedeutet einseitige Gefühlspolitik an Stelle der Verstandespolitik, bedeutet auch Unfähigkeit zur Kritik und (da ja Kritik geistige Arbeit ist und Denken bekanntlich „wehe tut"!) Widerwillen gegen Kritik.

Millionen deutscher Volksgenossen haben, während in dem fast inselartig abgesperrten Italien und nicht weniger im wesensähnlichen Sowjetrußland die überwiegende Mehrheit des Volkes unter das Joch der Diktatur sich hat zwingen lassen —: Millionen deutscher Volksgenossen, und gerade die wirtschaftlich schwächsten Schichten, sie haben ihre geistige und charakterliche Unabhängigkeit zu behaupten gewußt. Das ist deutscher Idealismus. Der Kern dieses deutschen Volkstums ist bei uns, ist in den republikanischen Parteien organisiert. Aber es gilt auch heute, jene Massen deutscher Volksgenossen, die die krankheitsempfängliche Dumpfheit jenes blind autoritär eingestellten Pfahlbürgertums noch nicht überwunden haben, in die wahre deutsche Volksgemeinschaft herüberzuführen. Es gilt, hunderttausenden Schwankender einen festeren Halt zu geben.

Jenes vorbeugende Mittel der Kritik — wir bieten es in der nachfolgenden, in unserer Bundesleitung sorgfältigst durchgearbeiteten Uebersicht. Sie wird ihren Zweck erfüllen, wenn sie ebenso systematisch innerhalb der Organisationen ausgewertet wird. Dann wird die „nationalsozialistische Bewegung Großdeutschlands" noch frühzeitiger werden zu dem, was sie schon längst hätte werden müssen: ein lächerliches Zwischenspiel.

Frei Heil!



Erster Teil

# Entstehung, Organisation, Programm

## A. Entstehung.

Ende der 80er Jahre entstanden in Mähren, Deutschböhmen, Schlesien deutschnationale Arbeiter- und Gehilfenvereine. Ludwig Vogel und Ferdinand Burschofsky standen an der Spitze. Diese Vereine gelangten unter den Einfluß der „Alldeutschen Partei" von Schönerer. 1898 kam es zur Vereinigung der Splittervereine in dem unter Burschofskys Leitung stehenden Mährisch-Trübauer Verband, der schon 1902 im Verlaufe des Zwistes zwischen Schönerer und Wolf aufflog. 1903 erfolgte die Gründung der „Deutschen Arbeiterpartei".

Auf dem Iglauer Parteitag 1913 wurde ein von Jung ausgearbeitetes Parteiprogramm angenommen, 1918 wurde in dieses auch die Boden- und Geldreform (Kampf gegen Grundrente und -zins) aufgenommen.

Am 21. 11. 1918 bekannte sich die Partei in der Oesterreichischen Nationalversammlung zu Alldeutschland. Am 7. und 8. 8. 1920 kam es in Salzburg zur Verbindung mit den inzwischen in Deutschland entstandenen Deutschsozialisten und bayerischen Nationalsozialisten, d. h. zur

**Nationalsozialistischen Partei des deutschen Volkes.**

## B. Organisation.

1919 wurde die NSDAP. gegründet. Organisatorisch und auch gedanklich hatte ihr der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund des Herrn Alfred Roth besonders in Bayern den Weg geebnet. Bis zum Versuch der Aufrichtung einer nationalsozialistischen Diktatur im November 1923 übte sie einen unerhörten Terror gegenüber allen politisch Andersgerichteten aus. Das Verbot der Partei nach dem sogenannten Hitler-Putsch,

**das Versagen der nationalsozialistischen Parlamentarier im Reich und in den Ländern,**

die Festungshaft Adolf Hitlers und die damit verbundenen Führerzwistigkeiten, im Zusammenhang mit der außenpolitischen Befriedung Deutschlands durch Dawes-Gutachten und Locarno-Pakt, ließ die Partei nach den Reichstagswahlen

im Mai 1924 bei den Neuwahlen im Dezember des gleicher Jahres von 34 auf 7 (bzw. 13 — wenn man die deutschvölkischen Abgeordneten zuzählt) herabsinken.

Die Reichstagswahlen im Mai 1928 erhöhten aber die Zahl der nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten wieder auf 12.

Die NSDAP. besaß bei ihrer Gründung 1920 eine Ortsgruppe (München) mit 64 Mitgliedern. Bei einem Führertag der NSDAP. im August 1928 gab Hitler an, daß die Partei

**1200 Ortsgruppen mit über 100 000 eingeschriebenen Mitgliedern**

umfasse.

Im Jahre 1928 sollen nach Veröffentlichungen von nationalsozialistischer Seite von 300 ständigen Agitatoren der Partei über 20 000 Einzelversammlungen abgehalten worden sein. Beide Zahlen erscheinen zunächst übertrieben. Eine Zusammenstellung der von Nationalsozialisten allein im Gau Brandenburg vom 4. 3. bis 15. 4. 1929 veranstalteten Versammlungen ergibt jedoch 200. Die Behauptung kann also zutreffen.

Die Partei zählt außerhalb Bayerns 24 Gauverbände, in Bayern selbst 8 selbständige Untergaue, außerdem sind die Bezirke Essen und Bergisch-Land, Niederrhein, die die Wahlkreise Düsseldorf-West und -Ost bilden, direkt der Reichsleitung unterstellt. Neben den eigentlichen Parteiorganisationen hat die NSDAP. noch folgende in engster Verbindung mit ihr stehende Organisationen ins Leben gerufen: **Kampfbund für deutsche Kultur** (Nationalwissenschaftliche Gesellschaft), Deutscher Frauenorden **Rotes Hakenkreuz** (Mädchen- und Frauenorganisation mit einem eigenen Erholungsheim in Belzig, in der Nähe von Potsdam); ganz besonders ausgebaut sind die **Hitler-Jugend** (Jugendorganisation der NSDAP.) sowie die nationalsozialistischen **Studentenbünde**, die auf den Hochschulen eine rücksichtslose Propaganda für den Numerus clausus entfalten. In Würzburg erzielten sie 100 %. in Jena 200 % Stimmenzuwachs gegenüber den letzten Studentenwahlen.



## C. Programm.

### 1. Die Nationalsozialisten haben kein selbständiges Programm.

Am 5. Januar 1919 haben sie nach einem Referat Adolf Hitlers im Münchener Hofbräuhaus **25 Thesen einstimmig angenommen** und deren **Unabänderlichkeit** am 22. Mai 1926 in einer Generalversammlung der Partei beschlossen. Die wichtigsten Grundsätze der Thesen sind aus dem Programm früherer judenfeindlicher Parteien und aus alten wirtschaftsreformerischen Schriften der verschiedensten Politiker entnommen.

**Sie entbehren also jeder Ursprünglichkeit.**

In taktischer Beziehung besteht eine außerordentliche Aehnlichkeit zwischen dem Vorgehen des Nationalsozialismus und dem der Faschisten. Von ihnen ist sogar die **Programmlosigkeit des Programms übernommen.** Professor Dr. Erwin v. Beckerath schreibt über das faschistische Programm in seinem Werke „Wesen und Werden des faschistischen Staates“:

> „Das in Rom gefaßte Programm war aus fast allen bestehenden zusammengestückt und enthielt darüber hinaus eine Fülle politischer Augenblicksziele. Arturo Labriola formulierte das Verhältnis des Faschismus zur politischen Umwelt so: er ist **zugleich antisozialistisch, antidemokratisch, antiliberal und sogar antikonservativ.** Wenn er sich keiner dieser möglichen politischen Richtungen anschließt, **was — bei Gott — ist er denn eigentlich?**“

**Die gleiche Frage und die gleiche Antwort wäre auch dem Nationalsozialismus gegenüber am Platze.**

Aber auch in theoretischer Beziehung ist der Nationalsozialismus keineswegs originell.

Dies soll an einigen Beispielen bewiesen werden.

Der Stadtgerichtsrat C. Wilmanns forderte schon 1876 in einer Broschüre „Die goldene Internationale“ (erschienen in Berlin) **„Emanzipation der redlichen Erwerbsarbeit von der Herrschaft der privilegierten Geldmacht“.**

Denselben Gedanken hat der Nationalsozialismus mit den später zu erörternden Worten „Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft" ausgedrückt.

Die von Henrici am 17. 12. 1880 in Berlin begründete „Soziale Reichspartei" verlangte Verhinderung der Judeneinwanderung, gesetzliche Ausschließung der Juden von allen obrigkeitlichen Aemtern. (Vgl. Wawrzinek, Geschichte der Antisemitenparteien, S. 36 ff., Berlin 1927.)

Aehnliche Forderungen stellen die Nationalsozialisten in ihrer 6., 7. und 8. These, in denen es heißt:

„Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen."

Was die Nazi unter Staatsbürger verstehen, werden wir gleich zeigen. Und weiter:

**„Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen, Nichtstaatsbürger, aus dem Reiche auszuweisen. Jede weitere Einwanderung Nichtdeutscher ist zu verhindern."**

Wir werden bei den Bestimmungen über Ein- und Auswanderung bald sehen, wie die Forderungen der Nazi der Wirklichkeit standhalten.

## 2. Wer ist Staatsbürger?

Nach dem nationalsozialistischen Programm ist nicht, wie in allen Kulturstaaten und selbstverständlich auch in Deutschland, jeder Staatsbürger, der im Lande als Deutscher geboren ist oder die Staatsangehörigkeit durch Aufnahme erlangt hat. Vielmehr soll das Staatsbürgerrecht auf „Verleihung" nach einer Prüfung beruhen! Das Staatsbürgerrecht darf nicht etwas sein, was jeder als Geschenk mit in die Wiege erhält, sondern hat, sagt Rosenberg in seiner Erläuterung zum Nationalsozialistischen Programm (Rosenberg ist Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachters"), als ein zu erwerbendes Gut angesehen zu werden.



So ist zwar (vgl. Rosenberg, Programm, S. 17):

„jeder Deutsche Staatszugehöriger, die **Rechte des Staatsbürgers** darf er aber nur erhalten, wenn er seine Erziehungsanstalt, seine Garnison, verlassen oder die dem Staate zu leistende Arbeitsdienstpflicht **als 20- bis 22jähriger Mensch mit ehrenhafter Führung beendigt hat".**

Das bedeutet, daß die Zahl derjenigen, die an Wahlen oder an den Staatsgeschäften Anteil nehmen dürfen, **beliebig eingeschränkt werden kann;** eine Minderheit wird das entrechtete Volk regieren, also **Diktatur.** Bei den Juden als angeblich „Fremdrassigen" macht man den **Anfang** mit der Entrechtung; **dieser Gedankengang hört folgerichtig bei der Entrechtung aller auf, die nicht auf das nationalsozialistische Programm schwören.**

Wie die Nationalsozialisten das Staatsbürgerrecht als Voraussetzung zur Mitverwaltung am Staate zu verleihen gedenken, zeigt ein maßgebender Nationalsozialist, der deutschböhmische Abgeordnete Jung. Er schreibt (vgl. Der nationale Sozialismus, S. 14):

**„Die Bevölkerung der Großstädte besteht zu mindestens zwei Dritteln aus Rassengesindel."**

Mit anderen Worten: Zwei Drittel der Bevölkerung der deutschen Großstädte, also ein sehr großer Prozentsatz des deutschen Volkes soll, weil unklare Köpfe meinen, die meisten Großstädter seien nicht reinrassig, **staatsbürgerlich entrechtet werden. Bei den Juden sagt man es deutlich, bei den politischen Gegnern verfolgt man das gleiche Ziel der Entrechtung versteckt.**

Bis ins dritte Glied will Jung die Deutschblütigkeit in Zweifelsfällen nachprüfen. (Vgl. Der nationale Sozialismus. Jung, S. 175/176.) Wieviel deutsche Vollbürger übrigbleiben, kann sich jeder vorstellen.

Zunächst wird man freilich die eigenen Reihen säubern müssen, denn gerade unter den führenden Nationalsozialisten sind vielfach Menschen anzutreffen, die ein Aussehen haben,

wie es die Nationalsozialisten umgekehrt als typisch jüdisch bezeichnen, so der Abgeordnete Goebbels.

Aber nicht einmal der „Reinrassige" soll von vornherein den Zugang zum Bürgerrecht besitzen. Jung stellt fest (vgl. Der nationale Sozialismus, S. 50):

„Die Verjudung kann auch Menschen anderen Blutes und selbst ganze Völker ergreifen."

**Auf alle Fälle will sich die nationalsozialistische Leitung so die Möglichkeit schaffen, Menschen von den Bürgerrechten auszuschließen, lediglich mit der Begründung, daß sie vom jüdischen Geiste ergriffen sind, um so ihre Diktatur aufrichten und ausüben zu können.**

### 3. Bestimmungen über Einwanderung und Ausweisung.

Das politische Programm des Nationalsozialismus schwebt gleichsam in der Luft und rechnet gar nicht mit dem Vorhandensein anderer Staaten und Volkswirtschaften.

Der Nationalsozialismus will die Ausländer ausweisen, sobald es in Deutschland Arbeitslose gibt. Aber suchen nicht Hunderttausende von Deutschen im Ausland ihre Arbeit? Was würde eine nationalsozialistische Regierung tun, wenn — was bestimmt eintreten müßte — die englische, die nordamerikanische, vor allem aber auch die südamerikanischen Regierungen als Antwort auf die Ausweisung ihrer Staatsangehörigen sämtliche **Deutschen ausweisen?** Ebenso viele Arbeitslose strömten von jenseit der Grenzen wieder zurück, ja vielleicht noch mehr, als vorher diesseits der Grenzen waren.

Die Nationalsozialisten vergessen dabei auch, daß zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Beziehungen freundschaftliche politische Verbindungen zwischen allen Regierungen notwendig sind.

**Die Folgen einer nationalsozialistischen Ausweisungspolitik wären: Abbruch aller Verhandlungen über Wirtschaftsfragen, Zurückziehung zahlloser Aufträge ausländischer Firmen. Rohstoffe zur Verarbeitung in deutschen Werken kämen nicht mehr aus dem Ausland. Infolgedessen würden deutsche Fabriken stillgelegt werden müssen. Ergebnis: Arbeitslosigkeit in nie erlebtem Ausmaße.**

**Dieses einzige Beispiel bis zum Schluß durchgeführt zeigt, wohin uns ein im nationalsozialistischen Programm nur beiläufig erwähnter Grundsatz bringen müßte.**



### 4. Das außenpolitische Programm.

Auf der Salzburger Tagung 1920 der NSDAP. wurde folgender Leitsatz angenommen (vgl. Der nationale Sozialismus. Jung, S. 75/88):

Zusammenfassung des gesamten deutschen Siedlungsgebietes in Europa zum demokratisch sozialen Deutschen Reich.

Aus der Begründung zu dieser Forderung geht hervor, daß man die Niederlande, die Schweiz, Luxemburg, Sudetenländer mit „zum deutschen Siedlungsgebiet" rechnet. Will man alle diese zu einem Staate zusammenfassen, so ist das nur, da keiner dieser anderen Staaten auf große Teile seines Gebietes freiwillig verzichten wird, durch einen Eroberungskrieg möglich. Gottfried Feder, einer der „Gelehrten" des Nationalsozialismus, drückt das so aus (vgl. Feder, Programm, S. 22/29):

„Außenpolitisch verlangen wir die Aufrichtung eines geschlossenen Nationalstaates, der alle deutschen Stämme umfaßt . . . wir verzichten auf keinen Deutschen in Sudetendeutschland, in Südtirol, in Polen, in der Völkerbundskolonie Oesterreich."

Feder fährt jedoch fort:

„Aber diese Forderung enthält sich und entbehrt trotzdem jeder imperialistischen Tendenz."

Dieser Nachsatz ist charakteristisch für die kindliche oder besser demagogische Dummenfangs-Methode des Nationalsozialismus. Er stellt Forderungen auf, die jeden guten Deutschen begeistern müssen und **gibt als Ziel,** sie zu erreichen, **Mittel an, die lächerlich sind;** denn welcher vernünftige Mensch kann sich vorstellen, daß die Tschechoslowakei

auf große Teile ihres Gebietes freiwillig wird verzichten wollen, daß die Schweiz, daß Holland, Luxemburg **die eigene Staatlichkeit aufgeben und in einem nationalsozialistischen Deutschland freiwillig werden aufgehen wollen?**

Also wieder: Blendung der Massen.

Und auf Südtirol hat Hitler, der Mussolini nicht verletzen will, offiziell verzichtet. Er schreibt (Die Südtiroler Frage und das deutsche Bündnisproblem, S. 3—5), daß die 200 000 Deutschen in Südtirol

„nur einen Bruchteil des verlorenen deutschen Menschenmaterials"

darstellen, und weiter:

„So schmerzlich es uns deutschen Nationalsozialisten sein mag, Volksgenossen an irgendeiner Stelle der Erde um das freie Selbstbestimmungsrecht gebracht zu sehen, sowenig dürfen wir das Schicksal von 60 Millionen Menschen schädigen lassen durch Gefühlsmomente, und wären sie selbst tausendmal berechtigt",

und ferner sagt er:

„Die Südtiroler Frage ist für uns ein Problem, das nur im Rahmen der für Deutschland möglichen europäischen Bündnispolitik die richtige Lösung finden kann."

**Der Wunsch, sich bei Mussolini anzubiedern, führt also zur Preisgabe Südtirols. Würde z. B. ein Sozialdemokrat sich für eine Verständigung mit Italien auf Kosten Südtirols einsetzen, so hätte man Landesverrat geschrien und von internationaler verjudeter vaterlandsloser Sippschaft gesprochen.**

## 5. Stellung zum heutigen Staat.

Die Nationalsozialisten sind die geschworenen Feinde **des gegenwärtigen Staates.** Rosenberg schreibt zwar (vgl. Programm, S. 14):



**„Die Beseitigung der Kriegsregierung durch die Revolution war die Folge ihrer Pflichtvergessenheit gegenüber dem deutschen Volke",**

und an anderer Stelle (vgl. Der nationale Sozialismus. Jung, S. 178) heißt es:

**„Die Erbmonarchie scheint endgültig erledigt",**

und weiter (vgl. Feder, Programm, S. 50/51):

**„Wir wollen nicht das Rad der Geschichte rückwärtsdrehen und einer der lautlos versunkenen Dynastien wieder zum Leben verhelfen, sie haben sich selbst gerichtet."**

Trotzdem aber nennt Hitler die deutsche Revolution

**„eine Revolution von Zuhältern, Deserteuren und ähnlichem Gesindel" (vgl. Mein Kampf, Bd. II, S. 44)**

und er spricht von dem

**„Abschaum unseres Volkes, das die Revolution gemacht hat".**

Oder wie Feder sagt (vgl. Das Programm der NSDAP., S. 11):

**„Der Staat der Landesverräter, Fahnenflüchtigen, Schieber, Börsengauner, der Unstaat von Weimar."**

Auf der einen Seite ist also nach den Nationalsozialisten die Revolution eine geschichtliche Notwendigkeit, auf der anderen Seite ein Verbrechen. **Wieder ein Beweis, daß es ihnen auf nichts anderes ankommt als auf Irreführung der Massen.** (Vgl. II. Teil Nr. 3.)

## 6. Die Weimarer Verfassung.

Mit dem stärksten Haß verfolgen die Nationalsozialisten die „verjudete Weimarer Verfassung". Betrachten wir aber das nationalsozialistische Programm, so finden wir in den wichtigsten Staats-, Kultur- und wirtschaftspolitischen Fragen eine fast wörtliche Uebereinstimmung mit der Verfassung, von der gedanklichen Aehnlichkeit ganz zu schweigen.

Nur einige Beispiele:

**These 9 der Nationalsozialisten** lautet:

„Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen."

**Artikel 109 der Reichsverfassung** heißt:

„Alle Deutschen sind vor den Gesetzen gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten."

Der einzige, aber sehr charakteristische Unterschied zwischen der Weimarer Verfassung und den Nationalsozialisten ist, daß sie eben **von sich aus bestimmen wollen, wer Staatsbürger sein soll, wie es eben unter Nr. 2 gezeigt wurde.**

**These 10 der Nationalsozialisten** lautet:

„**Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig und körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit der einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des gesamten und zum Nutzen aller erfolgen.**"

**Weimarer Verfassung, Artikel 153 Absatz III:**

„**Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das allgemeine Beste.**"

**Artikel 157:**

„**Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches.**"

**Artikel 163:**

„**Jeder Deutsche hat . . . die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.**"

In **These 15 der Nationalsozialisten** heißt es:

„**Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.**"

In der **Reichsverfassung Artikel 161** wird gefordert:

„**ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten**".



In **These 18 der Nationalsozialisten** wird gefordert:

„**rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemein-Interesse schädigen**".

„**Gemein-Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.**"

In der **Weimarer Verfassung** heißt es im **Artikel 151:**

„**Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen.**"

**Und im Artikel 152:**

„**Wucher ist verboten. Rechtsgeschäfte, die gegen die guten Sitten verstoßen, sind nichtig.**"

Die Parallelen zwischen dem nationalsozialistischen Parteiprogramm und der Weimarer Verfassung können noch in zahlreichen anderen Fällen gezogen werden, so zur Frage der Hebung der Volksgesundheit, der Freiheit der religiösen Ueberzeugung, der Verstaatlichung der Truste, der Gewinnbeteiligung der Arbeiterschaft, der Bodenreform.

**Der Nationalsozialismus kann, wie man sieht, in all den Fragen, die Grundlage des modernen Staates sind und die in das Dasein des einzelnen aufs tiefste eingreifen, natürlicherweise keine anderen Vorschläge machen, als sie jeder vernünftige Mensch erdenkt.**

**Es kommt, muß daraus geschlossen werden, im Nationalsozialismus nicht auf die Verwirklichung der in der Verfassung bereits eindeutig und vortrefflich geregelten staatlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Fragen an, sondern auf**

**die Errichtung seiner Parteidiktatur.**

Diese zu erreichen, sind alle Mittel erlaubt. Rosenberg beispielsweise schreibt (vgl. Programm, S. 25): „Der Machtkampf wird sich zunächst innerhalb der deutschen Grenzpfähle abspielen. Daß in dem hier einsetzenden Kampf einige

spießbürgerliche Auffassungen über Bord geworfen werden müssen, ist selbstverständlich."

Was die Nationalsozialisten „spießbürgerlich" nennen, ist in Dutzenden von Roheitsdelikten zu erkennen gewesen.

Und einige Seiten weiter unterstreicht Rosenberg (vgl. Programm, S. 44): „Bei dem Nationalsozialismus sammeln sich alle diejenigen, welche das ganze System in politischer, wirtschaftlicher und weltanschaulicher Hinsicht **grundsätzlich bekämpfen. Die Nationalsozialisten sind die Sturmtruppen des völkischen Gedankens."**

Feder zitiert in gleichem Sinne den „Völkischen Beobachter", in dem es hieß:

> **„Wir sind die Sturmtruppen zur Befreiung des deutschen Volkes von seinen Parasiten; vor allem aber der Wille zum Kampfe gegen unsere Blutsauger und Todfeinde ist das, was uns bald Hunderttausende aufrechter Männer zuführen wird."**

Eine Partei, die eine Verfassungsänderung zum Ziele hat, durch die der Grundgedanke der Verfassung abgeändert wird, muß mit dem Gedanken einer gewaltsamen Aenderung spielen. Rosenberg (vgl. Programm, S. 11) erklärt deswegen auch: **„Der Nationalsozialismus bekennt sich offen als Kampfpartei. Er ist also revolutionär."**

## 7. Kampf gegen den sogenannten Marxismus und Klerikalismus.

Niemand weiß bei den Nationalsozialisten, was man eigentlich unter „Marxismus" verstehen soll. Es ist z. B. ein himmelweiter Unterschied zwischen kommunistischer (bolschewistischer) Bewegung und Sozialdemokratie. Die Nazi werfen alles in einen Topf. Ja, man kann sagen, daß die Nationalsozialisten (wie der Meinungsaustausch Radek-Graf Reventlow 1923 zeigte; vgl. II. Teil, Nr. 13 dieser Broschüre) mit Kommunisten sich noch eher zu verständigen wissen als mit Sozialdemokraten. Charakteristisch für die politische „Anständigkeit" der Nationalsozialisten ist, was Hitler schreibt (vgl. Mein Kampf, Bd. I, S. 344):

> **„Sowenig eine Hyäne vom Aase läßt, sowenig ein Marxist vom Vaterlandsverrat."**



Auch die „Klerikalen" werden aufs schärfste angegriffen. „Leute, die sich bewußt zerstörend gegen das deutsche Volk, gegen den Staat wenden, ihre politischen Befehle vom Ausland empfangend befolgen, gehören nicht zur deutschen Schicksalsgemeinschaft, können also auch nicht Staatsbürgerrechte ausüben", schreibt Feder (vgl. Programm, S. 31), und Jung (vgl. Der nationale Sozialismus, S. 101/102) sagt an anderer Stelle: „Der Staat der Deutschen darf kein Judenstaat sein, darf aber ebensowenig unter römischem (lies katholisch-klerikalem) Einfluß stehen, es muß ein echter, rechter Volksstaat sein; nicht der römisch-jüdische Herrschafts-, sondern der germanische Führergedanke soll im deutschen Volke maßgebend sein."

**Man sieht,**

**der Kreis derjenigen, die Staatsbürgerrechte besitzen sollen, wird immer kleiner. Neben die Juden und das „Rassengesindel" und die politisch Unzuverlässigen kommen jetzt noch die Katholiken.**

Unverhüllt spricht Hitler seine letzten Ziele so aus (vgl. Mein Kampf, Bd. II, S. 13):

> „Wir alle ahnen, daß in ferner Zukunft Probleme an den Menschen herantreten können, zu deren Bewältigung nur eine höchste Rasse oder deren Volk, gestützt auf die Mittel und Möglichkeiten eines ganzen Erdballs, berufen sein wird."

**Mühsam ist es den deutschen Republikanern gelungen, die Vergiftung der öffentlichen Weltmeinung gegen den deutschen Imperialismus zu zerstören. Hitler predigt ihn von neuem.**

Ueber den Kampf gegen den Klerikalismus hinaus geht die **Bekämpfung des Christentums** in seiner gegenwärtigen Form. Die nationalsozialistischen Theoretiker sind sich zwar klar darüber, daß der christliche Glaube trotz Kirchenaustritten in den Seelen breiter Volksmassen unerschütterlich ruht. Ihr Zukunftsprogramm aber lautet nach Feder (vgl. Programm, S. 48),

„daß dereinst auch das deutsche Volk für seine Gotteserkenntnis, sein Gotteserleben diejenige Form finden wird,

die seine nordische Blutart verlangt, gewiß wird erst dann die Dreieinigkeit (!) des Blutes, des Glaubens und des Staates vollkommen sein".

**Der Abschluß von aller Welt, wie ihn der Nationalsozialismus politisch und wirtschaftlich im Gefolge haben muß, wird also auch in religiöser Beziehung eintreten müssen.**

Anklänge zur Ablehnung und Schaffung eines neuen Wodankultus waren vorhanden. (Siehe P. Schlund: Neugermanisches Heidentum im heutigen Deutschland. München 1924.)

Da die antichristliche Haltung die Bewegung „unpopulär" machte, hat man aus taktischen Gründen Dr. Dinter, den religiösen, geistchristlichen Reformator, aus der Partei ausgeschlossen. Auch hier ist die demagogische Art bezeichnend, die die Grundsätze opfert, sobald ein taktischer Gewinn herausschaut.

## 8. Der Begriff „völkisch".

Was unter „völkisch" zu verstehen ist, wissen die Nationalsozialisten selbst nicht! Hitler schreibt (vgl. Mein Kampf, Bd. II, S. 7):

„Der Begriff völkisch erscheint so wenig klar abgesteckt, so vielseitig auslegbar und so unbeschränkt in der praktischen Anwendung wie etwa das Wort „religiös".

Diese Formulierung ist ein Ausweichen vor der Notwendigkeit scharfer Auseinandersetzung. Die Grundlage einer Weltanschauung, die glaubt, aus sich heraus Persönlichkeiten zu schaffen, die eine Welt bezwingen sollen, muß klar und hart sein. **Die Definition Hitlers ist nach seinem eigenen Zugeständnis verschwommen.**

## 9. Der Rassengedanke.

Die „nordische" Rasse soll die Grundlage für die Verleihung des Staatsbürgerrechts im neuen nationalsozialistischen Staate sein, wie es an einer Stelle heißt. An anderer Stelle heißt sie „arische" Rasse, an dritter Stelle wird von „deutschblütigen" Männern gesprochen. Alle



diese Begriffe gehen von ebenso verschwommenen Vorstellungen aus wie der Begriff „völkisch".

Der Rassenbegriff, wie er vulgär verwendet wird, stammt aus der Vorstellungswelt des Tier- oder Pflanzenzüchters. Er tritt also in der Zusammensetzung mit Lebewesen auf, bei denen der geistige Inhalt entweder überhaupt nicht oder erst in letzter Linie bedeutungsvoll ist. Die Uebertragung des Rassenbegriffes auf Menschen bedeutet eine **Ueberbewertung körperlicher Eigenschaften zuungunsten seelischer und geistiger.** Es müßte also nach dem Wunsche der Nationalsozialisten eine Tabelle aufgestellt werden, in der Schädelweite, Größe, Augenfarbe, Nasenform, Haarfarbe genau festgehalten werden. Nur der nach Vorschrift aussehende Mensch entspräche dann den Ansprüchen an Rassenreinheit. Rasserein sind aber, wie die Wissenschaft feststellt, nur Urrassen. Urrassen gibt es vielleicht noch auf Südseeinseln und im innersten afrikanischen Urwald, nicht aber in Ländern, über die Jahrtausende hindurch Völkerzüge und Kriege hinweggegangen sind. **Alle bestehenden Rassen sind Mischrassen,** die sich lediglich durch das Ueberwiegen des einen oder anderen Mischungsbestandteils in Aeußerlichkeiten voneinander unterscheiden. Aus dieser Unterscheidung aber die Bewertung des geistigen und seelischen Inhalts des Menschen abzuleiten, bleibt denjenigen vorbehalten, die über den Kreis ihres eigenen engen Daseins nicht hinwegzublicken vermögen. **Für die Nationalsozialisten ist, wie bei wilden Volksstämmen, jeder anders Aussehende der Todfeind. Diese Form des Rassenbewußtseins ist kein Rassenstolz, sondern eine Angst vor der größeren Tüchtigkeit anderer, eine Furcht vor dem Wettbewerb, in dem man unterliegen könnte.**

Es gibt eine Rassenfrage zwischen gelben, schwarzen und weißen Menschen. Diese kommt hier gar nicht in Betracht, da die Nationalsozialisten im Zusammenhang ihres Programms nur an weiße Menschen denken, und dabei von Rasse sprechen, die es in ihrem Sinne gar nicht gibt. Was man im allgemeinen als Rassenhygiene be-

zeichnet, bedeutet die Gesunderhaltung der aufwachsenden Jugend durch Maßnahmen der Erziehung und der Verwaltung.

### 10. Zweierlei Recht.

Auch das Recht soll vom Rassengedanken beherrscht werden. Nicht mehr soll, wie bisher, das Recht **über** den Parteien stehen, sondern sich je nach der Rassenzugehörigkeit der Partei wenden. Rosenberg schreibt (vgl. Programm, S. 35):

> **„Ein wirkliches Volksrecht hat ... in erster Linie dazu da zu sein, Ehre und Würde der völkischen und staatlichen Gemeinschaft als oberste Richtschnur seines Urtriebes anzuerkennen. Bei allen Prozessen wäre zu berücksichtigen, ob Kläger oder Beklagter diese vertreten oder geschädigt haben. Erst in zweiter oder dritter Linie, ob berechtigte Einzelinteressen verletzt worden sind! Volks- und Rassenschutz als oberste Richtlinie anerkennendes Rechtswesen tut Deutschland not."**

**Im nationalsozialistischen Staate würde also ein Urteil lauten: „Der Beklagte wird zur Zahlung verurteilt, weil er schwarzhaarig ist", oder „der Kläger hat recht, weil er blond ist und blaue Augen hat", oder „der Angeklagte darf die gestohlenen Sachen behalten, weil er blond ist und sie für einen völkischen Verein gestohlen hat".**

### 11. Brechung der Zinsknechtschaft.

Die Nationalsozialisten bezeichnen sie als das **„Herzstück des Nationalsozialismus"**, als die **stählerne Achse, um die sich alles dreht"** (vgl. Feder, Programm, S. 18), als „Lösung der sozialen Frage" (Feder, ebenda). Sie ist Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens. Die Zinsknechtschaft bestehe, sagen die Nationalsozialisten, darin, „daß sich ganze Staaten in der Hand einiger hundert Bankiers befinden und daß deren Völker ihnen tributpflichtig sind" (vgl. Rosenberg, S. 24).

**Alle diese Sätze sind zunächst Redensarten.** Da aber der Nationalsozialismus behauptet, daß die Brechung der Zinsknechtschaft ihr wichtigster Programmpunkt sei, soll



untersucht werden, was die Verfechter dieser Theorie, vor allen Dingen ihre geistigen Väter Feder und Rosenberg, darunter verstehen. Rosenberg schreibt (vgl. Programm, S. 24):

> „Das Wirtschaftskapital des Landes läßt sich in zwei grundsätzlich verschiedene Kategorien scheiden. In das mit dem nationalen Boden unlösbar verbundene Industriekapital und die Landwirtschaft einerseits und in das an keinen Boden gefesselte Leihkapital andererseits."

Der Nationalsozialismus geht also davon aus, daß es zwei verschiedene Arten von Kapital gäbe. Gewiß gibt es verschiedene Arten von werbendem Vermögen, also Kapital. Aber **der Unterschied zwischen raffendem und schaffendem Kapital, wie Rosenberg und Feder ihn machen, kommt in Wirklichkeit nicht vor, weil werbendes Geld, also Kapital, in jeder Beziehung sich ständig verwandelt: das Leihkapital in Industriekapital und umgekehrt.**

Wer heute eine Werkstätte besitzt, in der er Güter für den Verkehr herstellt, braucht Geldmittel, um Löhne zu bezahlen, um Rohstoffe anzuschaffen, um Maschinen zu kaufen, um seine Miete zu begleichen, um den Vertrieb seiner Ware in die Wege zu leiten, um unter Umständen seinen Kunden den Kaufpreis stunden zu können und um sich und seine Familie zu unterhalten. **Bevor** der Hersteller einen Erlös für die Ware bezieht, muß er bereits Geldmittel in die Herstellung stecken.

Ursprünglicher Reichtum direkt aus dem Boden ist in der Regel nur in wilden Ländern möglich. In kultivierten Gegenden tritt eine Verteilung innerhalb der Wirtschaft ein. Der eine betrachtet Geld, der andere Ware als Wirtschaftsobjekt. **Beide sind aufeinander angewiesen.** Denn wie der eine von reinem Leihkapital nicht leben könnte, wenn er dafür nichts kaufen könnte, so könnte der andere die vielfachen Maßnahmen bis zum Verkauf des erzeugten Gegenstandes nicht durchführen, wenn ihm kein Geld zur Verfügung gestellt würde.

Was hier im kleinen geschildert wird, spielt sich entsprechend im großen ab. Ohne Leihkapital ist ein Industriekapital nicht möglich, und ohne industrielle Wirt-

schaft würde das Leihkapital eine Sammlung von Geld oder Geldscheinen sein. Das Industriekapital wandelt sich, sobald aus Rohstoffmangel oder Absatzkrise seine Verwendung im Fabrikationsprozeß nicht möglich ist, in Leihkapital um. Man liest in solchen Fällen, daß an der Börse starke Käufe aus Industriekreisen erfolgt seien.

**Ob ein Bankdirektor oder ein Fabrikdirektor zur Unterbringung einer zurzeit nicht verwendeten Geldsumme Aktien kauft, bedeutet keinen Unterschied.**

**Der Unterschied: hie schaffendes, dort raffendes Kapital hört sich gut an. Er ist aber unsinnig. Wer die beiden Begriffe agitatorisch verwendet, redet Unsinn und spekuliert auf die Dummheit der Menschen.**

Kein normal Denkender wird Mißbräuche entschuldigen, wie sie, wie mit allen Dingen, so auch mit dem Kapital getrieben werden. Börsenspiel ist, wie jedes Spiel, sittlich verwerflich und muß unterbunden werden, wo es sich um Auswüchse handelt. Aus einzelnen gewiß bedauerlichen Vorgängen allgemeine Schlüsse zu ziehen, bedeutet, sich am Wohle der Gesamtheit zu versündigen. Wenn die Nationalsozialisten folgerichtig handelten, müßten sie das Privatkapital überhaupt abschaffen und in die Hand des Staates legen.

**Da sie aber das Privatkapital programmatisch bejahen, vernebeln sie durch ihre Spitzfindigkeiten die klaren Auffassungen, die ein vernünftiger Mensch vom Gelde haben kann.**

Dieselbe Taktik ist hier zu beobachten wie bei der Zuerkennung der Gleichberechtigungen aller Staatsbürger. Staatsbürger dürfen nur sehr wenige sein. Geld haben ist ein sehr angenehmes Gefühl, wenn man es selber hat. Sieht man es beim politischen Gegner, so ärgert es. Was tut man?

**Das Geld, das man selbst hat oder haben will, ist edles Geld; das Geld, das der Gegner hat, vor allen Dingen, wenn er nicht „reinrassig" ist, ist verderblich.**

Und so ist die nationalsozialistische Weltanschauung in ihrer Geschlossenheit wieder gerettet.



## 12. Die Aufhebung des Zinses.

Der zweite Gesichtspunkt bei der Brechung der Zinsknechtschaft ist die Aufhebung des Zinses. Das verzinsliche Wertpapier, sei es vom Reich, vom Land, von der Stadt, von öffentlichen Anstalten herausgegeben, soll künftig keine Zinsen mehr abwerfen, sondern als gesetzliches Zahlungsmittel gelten, **als Geld**, und wie Geld ausgegeben werden. Dadurch, sagt der Nationalsozialismus, braucht der Steuerzahler keine Steuern mehr für die Zinsen aufzubringen, der Staat, die Gemeinde, der Kreis sind entschuldet, also alles ist gebessert. (Vgl. Feder, Programm, S. 38/39, und Feder, Manifest, S. 6 ff.)

Dieses finanzpolitische Ziel tritt in manchen Schriften in den Vordergrund. Es ist dadurch zu erklären, daß vieles unter dem Eindruck der ungeheuren Last der Kriegsanleihen geschrieben wurde. (Das Manifest z.B. scheint ganz unter diesem Einfluß zu stehen.)

Es ist das von den Nationalsozialisten für am wirksamsten gehaltene Argument, da sie damit den Steuerzahler an seiner empfindlichsten Stelle, dem Geldbeutel, berühren. **Aber wichtig wären solche Beweisgründe vielleicht für einen Verein der Anleihegegner. Für eine politische Gruppe mit hohen Zielen erscheinen sie lächerlich.** Dieser Angriff auf den Zins soll gleichzeitig auch die Verschuldung des Reiches usw., die Banken, den „Finanzkapitalismus" als minderwertig, als „jüdisch" treffen. Das geschieht sehr plump, ohne viele Erklärungen und Beweise. Die Banken sollen seinerzeit das Reich zur Aufnahme der Kriegsanleihen verführt haben, und so finanzierte das jüdische Großkapital den Krieg.

Dagegen muß darauf hingewiesen werden, daß es seinerzeit als patriotisch galt, Kriegsanleihe zu zeichnen, und daß gerade der vom Nationalsozialismus so gepriesene deutsche Mittelstand (einschließlich jüdischem Mittelstand) diesen Patriotismus noch heute zu büßen hat. **Es ist also nicht immer ein reines Vergnügen, Leihkapitalist zu sein.**

Gegen die „kleinen Sparer" hat zwar Feder moralisch nichts einzuwenden. Wo aber die Grenze zu ziehen ist

zwischen großen und kleinen Kapitalisten, sagt er nicht. Dabei müßte er eigentlich wissen, daß, je kleiner das Kapital ist, um so eher die Neigung besteht, es festverzinslich anzulegen, daß dagegen gerade die größeren Vermögen sich auf die weniger sichere Anlage in Industriewerten einlassen.

**Wie liegen die Dinge im täglichen Leben?**

Ich besitze 1000 Mark Reichsanleihe. Diese bringen mir jährlich 70 Mark Zinsen. In dem Augenblick, in dem die Zinszahlung aufgehoben ist, muß ich **das Anleihestück ausgeben wie 1000 Mark Geld.**

Ich werde nun versuchen müssen, für diesen Betrag **Ware** zu kaufen, und zwar so günstig zu kaufen, daß ich durch den Verkauf im Laufe eines Jahres mindestes wieder 70 Mark Ueberschuß erziele. Aber wie mir, geht es hunderttausend anderen Leuten. Jeder versucht, seine zu Geld gewordenen Anleihestücke in Waren umzuwandeln.

**Hier ruht der große Denkfehler in der nationalsozialistischen Theorie.**

Der Wert des Geldes liegt in dem Verhältnis zwischen Ware und Geld. Geld ist als Kaufkraft zu bezeichnen. Wird nun durch die Umwandlung der Anleihe in Geld neues Geld, also neue, sogenannte zusätzliche Kaufkraft geschaffen, so wird das Wertverhältnis nur dann unverändert bleiben, **wenn im gleichen Maßstabe neue Waren erzeugt würden.** Der Staat kann zwar bis fast **ins unendliche hinein Geld drucken. Waren können aber immer nur in begrenzten Mengen erzeugt werden.** Ist das Wertverhältnis zwischen Geld und Ware gestört, so wird, wenn es viel mehr Geld als Ware gibt, die Ware teurer werden, oder umgekehrt, der Wert des Geldes wird geringer sein. Es tritt das ein, was wir während der Inflation alle erlebten, unser Gehalt wurde von Tag zu Tag größer und ging bis in die Billionen. Die Menge der Ware aber, die wir dafür erhielten, blieb dieselbe oder wurde sogar kleiner. Das schlimmste aber war, daß das Gehalt stets zu spät stieg und dadurch die zur Lebenshaltung zur Verfügung stehenden Mittel immer geringer wurden. In dem Nachhinken der Gehaltserhöhung gegenüber der Geldentwertung liegt die größte Gefahr der Inflation.



**Die Federsche Theorie bedeutet also in ihrem Ergebnis eine Verewigung der Inflation.**

Denn jeder, der sich plötzlich genötigt sieht, die Ersparnisse eines ganzen Lebens, vielleicht sogar das ererbte Vermögen vieler Generationen, plötzlich auszugeben oder zinslos liegen zu lassen, wird sich auf den Warenmarkt stürzen. So wird eine vollkommene Zerrüttung des Weltwarenmarktes eintreten.

Feder sagt weiterhin (vgl. Manifest, S. 11), daß Geld „Anweisung auf geleistete Arbeit" sei. Das ist aber nur sehr bedingt richtig. Denn Geld ist in erster Linie Anweisung auf **erst zu leistende Arbeit.** Wenn ich bei meinem Schneider bei der Bestellung eines Maßanzuges den Betrag im voraus bezahle, so ist dadurch der Wert der Arbeit noch nicht gleichzeitig mit der Zahlung entstanden. Geld bedeutet aber außerdem auch die Möglichkeit, eine Arbeit erst in kommenden Zeiten bei Eintreten des Bedarfs in Anspruch nehmen zu können. Es gibt Arbeiter, die nur im Sommer beschäftigt sind, und andere Arbeitergruppen, die nur im Winter beschäftigt werden. Ohne die Möglichkeit, Geld zurücklegen zu können, würde jede dieser Gruppen außerhalb ihrer Beschäftigungszeit der öffentlichen Wohlfahrt zur Last fallen. Oder: ein Kranker weiß, daß er in einem Jahr operiert werden muß. Heute kann er noch arbeiten. Er legt sich Entbehrungen auf, um durch Ersparnisse späterhin die Operation bezahlen zu können. Wenn auch er keine Möglichkeiten mehr hat, sein Geld anzulegen, so wird der moralische Anreiz, aus eigener Kraft Aufgaben zu erfüllen, vernichtet.

Betrachten wir die nationalsozialistischen Wirtschaftstheorien unter größeren Gesichtspunkten, so finden wir, was wir bei der Außenpolitik und auch bei der Rassenpolitik feststellten: es sind

**Theorien, die ohne Rücksicht darauf aufgestellt sind, daß wir nicht auf einer Insel wohnen, die alle Bedürfnisse des menschlichen Lebens aus sich heraus deckt, oder es sind Theorien, die notwendig machen, daß wir uns Entbehrungen auferlegen.**

Wir sind aber — und man kann wohl sagen glücklicher-

weise — in das große Getriebe der Weltwirtschaft hineingestellt, in dem alle Staaten an dem ungestörten Ablauf des Wirtschaftswesens jedes einzelnen Staates interessiert sind. Folgten wir den Federschen Theorien, so schnitten wir uns selbst aus dem lebendigen Organismus des Weltwirtschaftskörpers heraus. An allen Handelsplätzen der Welt wird Geld hauptsächlich dann in Zahlung genommen, wenn es in einem bestimmten Verhältnis von Gold oder zu Goldwerten wertbeständiger Art bleibt. **Die Federschen Geldzeichen wären allenfalls ein innerdeutsches Zahlungsmittel.** Niemand aber außer Sammlern von Kuriositäten würde sie außerhalb der deutschen Grenzen in Zahlung nehmen. Der deutsche Kaufmann könnte im Auslande Waren nicht mehr erwerben. Ja, sogar die Möglichkeit, ins Ausland zu reisen, wäre ihm versperrt. Feder sieht alle diese Konsequenzen selbst, hat aber nicht den Mut, seinen Anhängern die Wahrheit zu sagen, da er sonst

**den einzigen originellen Programmpunkt des Nationalsozialismus,**

der, wie sie sagen, die „Lösung der sozialen Frage" bedeutet, preisgeben müßte. Er fragt, ob die Brechung der Zinsknechtschaft nicht nur international möglich sei, und antwortet (vgl. Feder, Manifest, S. 52):

**„Ich gestehe, daß ich mir über die Frage selbst am längsten unklar war. Sie ist die schwierigste Frage, weil sie uns in Wechselbeziehung zur übrigen Welt bringt."**

Die Sache habe indes zwei Seiten. Einmal sei die Parole Kampfruf für alle schaffenden Völker, sodann die Durchführung Radikalmittel zur Beseitigung unserer Misere.

„Also gehen wir voran mit unserem befreienden Beispiel, befreien wir uns von der Zinsknechtschaft des Geldes, und wir werden in Bälde sehen, daß die Kraft dieses sieghaften befreienden Gedankens die Völker der Welt veranlassen wird, uns zu folgen." (Feder, ebendort.)

**Ein klarer Kopf nennt so etwas Katastrophenpolitik.** Man stürzt das eigene Volk ins tiefste Elend, weil man hofft, daß die anderen Völker in gleicher Weise den Phrasen verantwortungsloser Verführer folgen würden.



**Wenn nun die Prophezeiung des Herrn Feder nicht eintrifft?**

**Wenn die umwohnenden Völker bei ihrer auf sicherer Grundlage beruhenden Wirtschaftsform verbleiben? Dann hat das deutsche Volk, das mit bewunderungswürdiger Kraft die Schrecken einer beispiellosen Inflation so rasch überwand, eine neue, ungleich verhängnisvollere Wirtschaftskatastrophe vor sich, die sich verewigt, weil alle Grundlagen ihrer Behebung auf die Dauer zerstört sind.**

**Das kann nur das Ziel von Menschen sein, die auf den Trümmern des Staates eine Diktatur aufrichten wollen.**

## 13. Der Dawes-Plan.

Die Reparationsfrage ist der Angelpunkt der deutschen Innen- und Außenpolitik. Die Beantwortung der Frage, wie rasch und mit welchen Mitteln wir die Lasten unserer Wiedergutmachungen an die ehemaligen Feindbundstaaten abtragen, ist zugleich die Lösung zahlloser außen- und wirtschaftspolitischer Probleme. Sechs Jahre lang schwebte die Gefahr einer Vergewaltigung Deutschlands durch militärische Machtmittel über allem, was Deutschland plante, sobald irgendwelche planlos uns auferlegten Verpflichtungen von uns nicht erfüllt wurden. Die furchtbaren Tage der Ruhrbesetzung, die nur möglich waren, weil die Reparationsfrage ein **machtpolitisches** Problem darstellte, sind noch jedem in Erinnerung. Im Vergleich zu diesem Zustande bedeutet die durch das Dawes-Gutachten und kürzlich durch den Young-Plan geschaffene Situation einen **Rechtszustand.** Schulden bezahlt niemand gern, vor allem dann nicht, wenn sie von einem Vorgänger verursacht wurden, **auf dessen Geschäftsführung man selbst keinen Einfluß hatte.** Da anständige Menschen aber ihre Schulden zu bezahlen pflegen, und die Ehrbegriffe des Einzelmenschen in höherem Maße noch für den Staat gelten, so muß ein Staat auch solche Schulden zahlen, für die er nichts kann.

Das Dawes-Gutachten verhindert in erster Linie rein politische Entscheidungen der ehemaligen Feindbundstaaten,

wenn einmal etwas mit dem Bezahlen unserer Schulden nicht in Ordnung sein sollte. Ein Schiedsgericht ist in solchen Fällen vorgeschrieben. Das gleiche Schiedsgericht kann Deutschland anrufen, wenn es die ihm nach dem Dawes-Gutachten obliegenden finanziellen Leistungen nicht zu erfüllen vermag.

Diese Feststellung schafft freilich nicht aus der Welt, daß wir vom Jahre 1928 ab jährlich 2¼ Milliarden in Sachwerten und in Geld an die einzelnen Feindbundstaaten abzuführen haben. Es handelt sich also um eine ungeheure Summe, die fast den vierten Teil unseres gesamten Reichshaushalts ausmacht. Aber die gleichen Gutachter, die diese Summen errechneten, haben dafür gesorgt, daß nicht zu große Geldbeträge ans Ausland gehen und so die deutsche Währung erschüttert wird. Der sogenannte Transferschutz bürgt der ganzen Welt dafür, daß die deutsche Mark fest bleibt, und zeitweilig hatte sie sogar einen besseren Kurs als das englische Pfund und der amerikanische Dollar.

Die Nationalsozialisten legen an das Dawes-Gutachten eine hämische und scharfe Kritik an. Sie können das tun, denn sie haben keine Verantwortung und stehen nicht vor der Notwendigkeit, an einem Tische mit erfahrenen Menschen zu verhandeln, sondern können ihre Phrasen in Volksversammlungen hinausrufen.

So richtet sich ihr Hauptangriff auf die angebliche Tatsache, daß Juden an der Abfassung des Dawes-Planes und an seinen Erträgnissen besonders stark beteiligt seien. Dawes, sagen sie, heiße David, sei also ein Jude. Erstens wäre Dawes keine Uebersetzung von David, sondern die lautet Dave. Und zweitens **kann positiv behauptet werden, daß die Angabe, Dawes sei Jude, eine glatte Lüge ist.** In zweiter Linie ist dann Morgan Gegenstand des nationalsozialistischen Hasses. Auch er sei Jude. **Morgan hat mit Juden und Judentum auch im entferntesten nichts zu tun.** Unter den fünf Mitinhabern seiner Firma befindet sich kein einziger Jude. Im amerikanischen Bankwesen gilt das Bankhaus Morgan wegen seiner Abneigung, jüdische Angestellte einzustellen, als judenfeindlich.



Es gibt wohl keinen Menschen in Deutschland, der nicht lieber heute als morgen aufhörte, die Reparations-Verpflichtungen zu leisten. Sicherlich aber gibt es nur verhältnismäßig wenig Menschen in Deutschland, die das Aufhören der Zahlungen mit der Besetzung weiter deutscher Gebietsteile oder mit neuen Kriegen bezahlen wollen. Hier liegt wieder der große Unterschied zwischen den Nationalsozialisten und der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes. **Die Mehrheit will durch friedliche Entwicklung und durch ehrliche Arbeit aus der Versklavung emporsteigen. . Nicht Kraftmeiertum, nicht Bürgerkrieg, sondern friedliche gegenseitige Unterstützung aller Staaten wird unser Vaterland über die schweren Zeiten hinwegbringen.**

Zweiter Teil

# Die Praxis der nationalsozialistischen Politik

## 1. Die Zerstörer der nationalen Einheit.

a) Als der **Ruhrkampf** tobte, waren die Nationalsozialisten **die einzigen, die sich außerhalb der Einheitsfront** stellten. Der bayerische Innenminister Schweyer (Bayer. Volksp.) erklärte im Januar 1923 vor Pressevertretern in München, als Hitler seine große Parade ankündigte:

„Erste und ausschlaggebende Bedingung für den Erfolg unseres Widerstandes ist, daß das ganze deutsche Volk mitgeht. Erfreulich ist es, daß dies auch namentlich bei der Arbeiterschaft der Fall ist. **Eine Ausnahme macht jedoch die nationalsozialistische Bewegung.**"

b) Hitler sagte vor dem Volksgericht (vgl. Rosenberg, Der Hitler-Prozeß, S. 20): „Mit Stolz bekenne ich, daß es unsere Leute waren, die im Ruhrgebiet den einzig richtigen Widerstand geleistet haben."

**Die verhängnisvollen, Millionenschäden verursachenden Attentate und Sabotageakte im Ruhrgebiet verdankt der deutsche Steuerzahler also in erster Linie Hitler und seinen Leuten.**

c) Der „Völkische Beobachter" schreibt im Februar 1928, eine Einheitsfront zur Stärkung der Deutschen im Ruhrgebiet sei vollkommen unmöglich, solange sich **„Lumpen, Verräter, Spitzel und Juden" in der nationalen Einheitsfront betätigen.**

**Das Vaterland kann in Trümmer gehen, wenn nur die Parteifahne weht — ist die Devise der Nazis.**

## 2. Verrat an Südtirol.

a) Am 14. Mai 1925 brachte der „Völkische Kurier" in dem Artikel „Unser armes Tirol" eine leidenschaftliche Anklage gegen die brutale Herrschaft der italienischen Faschisten im deutschen Südtirol. Das nationalsozialistische Blatt hängte dabei den **faschistischen „Auswurf jämmerlicher Dekadenz"** dem Judentum an.

Damals waren die Faschisten für die Nationalsozialisten jüdischer „Auswurf jämmerlicher Dekadenz", und heute...?

b) Der „Völkische Beobachter" vom 2. Februar 1926 schreibt wörtlich das Folgende:

„Und nun beginnt der Deutsch-Südtiroler Erisapfel seine Schuldigkeit zu tun. Die Stimmung zwischen Deutschland und Italien verschlimmert sich zusehends. Lassen wir uns bei der Beurteilung der Lage durch **keinerlei Sentimentalitäten beirren,** mit welchen jetzt so reichlich die Judenpresse wieder einmal die politische Denkfähigkeit des deutschen Volkes zu umnebeln versucht. Zu einem sehr klaren und durchsichtigen Zwecke: dem als Nationalisten und Freimaurerbekämpfer bestgehaßten Mussolini Schwierigkeiten zu bereiten. Daß wir am Ende leicht dabei die Leidtragenden sein könnten, was kümmert dies weiter das Judentum!"

c) Die Wochenschrift „S ü d t i r o l" (Innsbruck) vom 15. April 1927 brachte folgende Stellen aus einer **Hitler-Rede** vom 30. März 1927:

„**Was hat man gegen Italien? Südtirol! Damit beginnen sofort alle Spießer lebendig zu werden. Wer hat Südtirol verraten? Die gleichen Leute, die Deutschland zugrunde gerichtet haben. Wer hat die Stirne, für 170 000 Deutsche in Südtirol vielleicht 300 000 Deutsche auf dem Schlachtfeld zu opfern?**"

Die Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft für Tirol hat auf diese Aeußerung Hitlers hin am 5. April 1927 einen „Offenen Brief" an Hitler gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„**Die zynisch-freche Art, mit der Sie über das Leid der Südtiroler Deutschen hinweggehen, hat in allen wirklich völkisch gesinnten Kreisen bitteren Schmerz und hellste Empörung hervorgerufen. Vor allem mangelt Ihnen die allerbescheidenste Sachkenntnis, um über derartige politische Fragen sprechen zu können. Es sind nicht 170 000, sondern 230 000 deutsche Südtiroler, denen Sie mit ihren rohen Worten einen Schlag versetzt haben, von dem Sie, Herr Hitler, freilich keine Ahnung haben.**"

Daß die gleiche zynische Stellungnahme auch noch gegenwärtig vorwaltet, beweist ein Referat, das am 19. April 1929



von dem Parteisekretär der NSDAP. H e i d r i c h (Königsberg) in Augsburg gehalten wurde. Heidrich führte aus: „Gegen die Bundesgenossenschaft Italiens wende man ein, daß Mussolini Südtirol bedrücke. Das sei aber nur eine von den Freimaurern erfundene Lüge. **Außerdem käme es nicht auf das Schicksal von einigen tausend armseligen Südtirolern,** sondern auf das Gedeihen Deutschlands an." (Vgl. Teil I, Nr. 4 dieser Broschüre.)

### 3. Die Nationalsozialisten als „republikanische" Partei.

Die Nationalsozialisten behaupten, daß die Frage **Republik oder Monarchie** für sie erst in zweiter Linie komme, in erster Linie wollten sie die Befreiung Deutschlands.

**Wie handelten sie praktisch?**

a) Als sie im November 1923 beim Münchener Putsch scheinbar an die Macht gekommen waren und den bayerischen Generalkommissar v. K a h r für sich gewonnen hatten, da erklärte dieser, gestützt auf die Waffen der Nationalsozialisten:

„In des Vaterlandes schwerster Not übernehme ich die Leitung der Geschicke Bayerns

**als Statthalter der Monarchie, die vor fünf Jahren von frevelnden Händen zerschlagen worden ist.**

Ich tue das schweren Herzens, und, wie ich hoffe, zum Segen unserer bayerischen Heimat und unseres deutschen Vaterlandes."

b) In bezug auf die Revolution erklärte Hitler bei seiner Vernehmung (vgl. Rosenberg, Hitler-Prozeß, S. 25):

„Diese Exekution hat **der Auswurf der Nation vorgenommen, nicht die Armee, sondern ein Haufen von Lumpen und Deserteuren,** von dem ganzen Mist, den Deutschland damals hatte. Ich habe nie anerkannt, daß dieser Zustand legal geworden ist. Ich habe Herrn v. Kahr auch gesagt, ich würde **sofort den Kronprinzen verständigen** (Ruprecht von Bayern). **Unsere Umwälzung soll nichts anderes sein, als eine Abrechnung mit den Novemberverbrechern. — Das Unrecht, das dem Hause**

**Wittelsbach durch die Revolution zugefügt wurde, soll wieder gutgemacht werden."**

So sehen die Verkünder des „dritten Reiches" aus.

## 4. Ausländische Unterstützung in Theorie und Praxis.

Hitler erklärte (vgl. Rosenberg, Hitler-Prozeß, S. 22): „. . . Der Weg, sich nach auswärtiger Hilfe umzusehen, ist für jeden Deutschen das Schamloseste, was es gibt, und darum unmöglich."

Das sagt der gleiche Mann, dessen Bewegung erwiesenermaßen indirekt ausländische Unterstützungsgelder empfangen hat. Denn auch im Hitler-Prozeß vom Mai 1929 wurde auf die bereits seit 1923 bekannte Aeußerung **Morels** gegenüber Generalstabskommissar v. Kahr verwiesen, **Hitler bekomme für seine Bewegung französisches Geld. Dieses laufe aber durch so verborgene Kanäle, daß der Empfänger selbst seine Herkunft gar nicht erraten könne.** Während der gleichen Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß Hitler von einer Dame aus Finnland Geld empfangen habe.

Wie sagte Hitler? „Unterstützung des Auslandes sei das Schamloseste, was es gibt." — Das gibt es aber!

## 5. Die nationalsozialistische Internationale.

Die Nationalsozialisten bezeichnen alle diejenigen Bestrebungen, die von Deutschen in Gemeinschaft mit Ausländern gefördert werden, als **international. International ist für sie der Inbegriff alles Verhängnisvollen, Vaterlandsschädlichen, Hochverräterischen.** Dabei vergessen sie, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei selbst **sich als einheitliche Partei betrachtet, obwohl sie sich bisher über drei verschiedene Staaten erstreckt** (Deutschland, Oesterreich, Tschechoslowakei) und Schwesterparteien auch in anderen Staaten ins Leben zu rufen sucht.

Neben dieser parteimäßigen nationalsozialistischen Internationale kann man seit 50 Jahren ständige Bemühungen beobachten,

### eine Internationale der Judenfeinde herzustellen.

Am 11. September 1882 versammelten sich unter der



Führung Stöckers in Dresden 300 Vertreter antisemitischer Richtungen und stellten eine Reihe von Thesen auf, in deren erster es heißt:

> „Eine internationale Vereinigung zu dem Zwecke, die Uebermacht des Judentums zu brechen, ist eine unabwendbare Kulturnotwendigkeit der christlichen Welt geworden."

Dieser erste internationale antisemitische Kongreß richtete ein Manifest an die Regierungen und Völker der „durch das Judentum gefährdeten christlichen Staaten" und setzte ein Komitee ein, dem man die Aufgabe zuwies, eine internationale Zentralleitung der antisemitischen Bewegung zu organisieren.

Am 5. Februar 1883 fand in Chemnitz die Gründung einer „Allgemeinen Vereinigung zur Bekämpfung des Judentums" mit dem französischen Namen **„Alliance antijuive universelle"** statt. Von dieser Vereinigung aus wurde dann für den 27. und 28. April 1883 wiederum nach Chemnitz der zweite internationale Antisemitenkongreß einberufen, welcher von Oesterreich, Ungarn, Rußland, Rumänien, Serbien und Frankreich besucht war.

Seitdem trat eine gewisse Pause ein, bis 1920 sich ein **„Initiativ-Komitee zur Schaffung einer Weltliga gegen Juda"** bildete, die sich gleichfalls **„Alliance antijuive universelle"** nannte und Gründungsaufrufe in Frankreich, Polen, England und Amerika verbreitete. 1923 fand in Wien eine Delegiertentagung statt, bei der die Gründung einer „Anti-Internationale im Weltverband christlicher Völker" beschlossen wurde. Der „Völkische Beobachter" berichtet (14. August 1926) über eine Zusammenkunft antijüdischer Vertreter aus Deutschland, Dänemark, Deutschösterreich, England, Frankreich, Polen, Italien, Holland, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Ungarn und der russischen Emigration in einer Stadt Dänemarks.

Die **„Protokolle der Weisen von Zion", „die Bibel der Rathenau-Mörder"**, wie der Senatspräsident Hagen vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik bei den Verhandlungen gegen die Rathenau-Mörder die Schmäh-

schrift nannte, sind in deutscher, russischer, chinesischer, arabischer, italienischer, französischer und englischer Ausgabe erschienen.

**Es zeigt sich also, daß auch der Nationalsozialismus, insbesondere in seiner Judenfeindschaft, vor der Herstellung internationaler Beziehungen keinen Augenblick zurückschreckt.**

## 6. „Soziale Gesinnung" im Nationalsozialismus.

Die Nationalsozialisten predigen soziales Verständnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Wie handeln sie aber selbst? Einige Beispiele:

a) Die „Münchener Post" vom 5. April 1929 bringt unter der Ueberschrift „Praktischer Nationalsozialismus" einen Bericht über eine Gerichtsverhandlung, die eine grundlos entlassene Angestellte des „Völkischen Beobachters" angestrengt hatte. Im Bericht heißt es:

„Zwei Hitler-Anwälte mußten vor Gericht in Ausübung ihrer anwaltlichen Tätigkeit die Klinge kreuzen. Wenn einem Fräulein, das 3½ Jahre lang tadellos im Verlag des „Völkischen Beobachters" seine Pflicht erfüllt hat, deshalb, weil es um 3½ Jahre älter geworden ist, gekündigt wurde, so sei das **gewiß nicht besonders sozial.** Aber es haben bei der Kündigung noch ganz andere Dinge mitgespielt, die Gott sei Dank nicht aufgerollt wurden, denn sonst würden noch andere Leute große Unannehmlichkeiten erleben. Es zeigte sich, daß

**auch in der Nationalsozialistischen Partei das Kapital ausschlaggebend sei.**

Amann (Verlagsleiter des „Völkischen Beobachters") habe die Mehrheit der Stammanteile des „Völkischen Beobachters", und er habe damit die Macht in Händen, die er im Falle des Fräulein Sp. auch angewendet habe. Es zeige sich auch hier, daß Theorie und Praxis sich nicht immer decken. Der Verteidiger Amanns habe erklärt, das Fräulein Sp. habe Amann als Gesinnungslumpen bezeichnet. Er biete Beweise an durch den Redakteur des „Völkischen Beobachters" Rosenberg, daß Amann die Aufnahme eines Aufrufes in den „V. B." abgelehnt habe mit dem Vermerken:



**„Auf die Parteimitglieder ist gesch . . . . ., zuerst kommt das Geschäft."**

Da hatte Fräulein Sp. doch recht, wenn sie in ihrem Briefe erklärte: Ich stelle mir die gewählten Vertreter der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei anders vor.

b) Im Oktober 1927 sollte **46000 Sozialrentnern im Saargebiet eine Beihilfe** gezahlt werden. Die Nationalsozialisten erhoben durch den Abgeordneten Stöhr im Reichstag Einspruch. Die Vorlage wurde in erster und zweiter Lesung angenommen. Gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung erhob Stöhr Widerspruch. Der Reichstagspräsident redet ihm zu:

**„Bis zum Januar müssen die Sozialrentner im Saargebiet auf die Erhöhung ihrer Renten warten, Herr Stöhr, wenn Sie bei Ihrem Widerspruch bleiben. Ich weiß nicht, ob Sie das verantworten können."**

**Stöhr hält seinen Widerspruch aufrecht.** Der Reichstagspräsident erklärt unter Zustimmung des ganzen Hauses:

Ich muß bekennen, es ist in der Geschichte dieses Hauses noch nicht vorgekommen, daß jemand ohne jeden Grund die Verabschiedung einer Vorlage vereitelt, die für viele tausende Sozialrentner von so großer Bedeutung ist . . **Es ist unerhört in der Geschichte des Reichstages, daß durch einen derartigen Widerspruch ein solches Gesetz vereitelt wird.** Ich kann nichts dagegen tun, wenn auf diese Weise 46000 Sozialrentner des Saargebietes geschädigt werden; **ich kann nur die Oeffentlichkeit als Zeugen dafür anrufen."**

Die Führer aller Parteien geben ihrer Empörung Ausdruck. Die Bayerische Volkspartei spricht von einem Trauerspiel, die Abgeordneten Koch (Demokrat) und Kahl (Deutsche Volkspartei) suchen nach einem Ausweg, sogar der deutschnationale Graf Westarp bemüht sich um eine Lösung. **Herr Stöhr hat den traurigen Mut, festzubleiben. 46000 Rentner im Saargebiet können ihm ihren Dank abstatten.**

**Das sind die parlamentarischen „Erfolge" der Nationalsozialisten.**

## 7. Die „Kapitalfeindschaft" des Nationalsozialismus.

Die Landesgeschäftsstelle der NSDAP. Stuttgart schrieb an den bekannten Großindustriellen Robert Bosch in Stuttgart folgenden Brief, der im Mai 1927 unwidersprochen durch die Presse ging:

**„Vertraulich.**

**Geehrter Herr!**

**Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat auch den Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums auf ihr Programm geschrieben. Durch die Begeisterung ihrer Anhänger und durch ihre straffe Organisation ist sie allein in der Lage, dem Terror von links wirksam entgegenzutreten. Leider ist das ohne bedeutende Geldmittel nicht zu machen . . . Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als uns an die deutsch und deutschvölkisch gesinnten Kreise aus Industrie und Handel mit der Bitte um Unterstützung zu wenden . . . Für eine gute Verwendung der Gelder bietet Ihnen die Ehrlichkeit unserer Bewegung volle Gewähr."**

b) In einem Schreiben, das der „Bayerische Kurier" (1923) aus Wirtschaftskreisen erhält, heißt es:

„Es ist ein offenes Geheimnis, daß **aus gewissen Kreisen der Schwerindustrie** — wir sagen mit Absicht gewissen Kreisen, weil wir wissen, daß es allgemein behauptet unrichtig wäre — **der nationalsozialistischen Bewegung beträchtliche Geldmittel zur Verfügung gestellt werden.** Ueber die falsche Einstellung dieser industriellen Kreise ist wohl kein Wort zu verlieren. Bei diesen Herrschaften gilt das Wort: „Sie haben alles vergessen und nichts gelernt." Sie werden die gleiche Erfahrung machen wie seinerzeit. Gesinnung läßt sich nicht mit Geld erkaufen. Gerade die sogenannten „Gelben" waren in der Revolution 1918 die wildesten Revoluzzer. Bei diesen Leuten waltet der Glaube, die Hitler-Bewegung könne sowohl der sozialistischen, wie auch der christlich-organisierten Arbeiterschaft Abbruch tun und ihre Anhänger zu sich herüberziehen."

c) Im „Bayerischen Kurier" (Nummer 16 von



1923) ist in einem über mehrere Spalten gehenden Aufsatz „Vom Nationalsozialismus" folgendes zu lesen:

**Die Politik der von den dunkelsten Geldquellen gespeisten Nationalsozialistischen Partei** kommt tatsächlich nur der marxistischen Sozialdemokratie sowie Frankreich zugute (!). Ueber diese Tatsache helfen weder Fälschungen noch Beschimpfungen, noch hysterische Prahlereien hinweg. Und zwar ist der Nutzen deshalb ungleich größer, weil die nachrevolutionäre Nationalsozialistische Partei im Gegensatz zu den „nationalen" Parteien des Kaisertums selbst revolutionär ist und mit dem marxistischen Sozialismus durch mancherlei äußere Verwandtschaftsbeziehungen und äußere Verknüpfungen verbunden ist."

d) Richard Kunze, zwar nur ein kleiner völkischer Geist, aber damals Führer der Deutschsozialen Partei, äußert sich über die Deutsche Freiheitspartei, mit der sich die Hitler-Leute bei den Reichstagswahlen 1924 verbündeten, in einem Brief an einen Parteifreund vom 14. August 1922 wie folgt:

„Wo haben diese Leute die vielen Gelder her, die jetzt solche Reisen verschlingen? **Diese Gelder stammen von denselben kapitalistischen Kreisen, die es verhindert haben, daß nur eine einzige große völkische Partei mit unserem Programm gebildet wurde . . .**

Ich ersuche daher auf das dringendste, diese Bestrebungen von vornherein als einen Betrug an dem deutschen arbeitenden Volke zu entlarven und jede Verbindung mit diesen Leuten zu vermeiden . . ."

e) Während des Hitler-Prozesses im Mai 1929 sagten die Frauen des Verlegers Brückmann und des Pianofabrikanten Bechstein aus, Hitler habe über alle wichtigen Entschlüsse mit ihren Männern beraten.

**Der Befreier der Arbeiterschaft hat also zu Vertrauten — Kapitalisten!**

## 8. Feders „Kampf" gegen die Zinsknechtschaft.

Als „Herzstück" des Nationalsozialismus wird von den völkischen Schriftgelehrten, an ihrer Spitze der Reichstagsabgeordnete G. Feder, „die Brechung der Zinsknechtschaft"

bezeichnet. Feder, 1923 „Finanzminister" des nationalsozialistischen Putsches, erließ damals folgende Bekanntmachung:

„**Bis zur gesetzlichen Regelung des gesamten Geld- und Kreditwesens werden alle Banken und sonstigen Geldinstitute ihres privatrechtlichen und privatwirtschaftlichen Charakters entkleidet und unter Staatsaufsicht gestellt. Jede Veränderung oder Verschiebung der Vermögensbestände wird bestraft. Das Finanzkomitee. gez. G. Feder.**"

Der „Finanzminister" verabsäumte aber nicht, am Tage **vor** dem Putsche bei seinem Bankhaus vorzusprechen und um sofortige Aushändigung seiner dort liegenden Wertpapiere, damals lauter hochwertige Spekulationsstücke, nachzusuchen. (Vgl. I. Teil, Nr. 12 dieser Broschüre.)

## 9. Nationalsozialistische Ehrenmänner unter sich und übereinander.

Die Nationalsozialisten preisen sich als die Retter des deutschen Volkes vor der Entsittlichung durch den fremdvölkischen Einfluß an. **Wie sieht es bei ihnen aus?** Sie müssen von denjenigen Kreisen, die ihnen weltanschaulich nahestehen, natürlich am besten durchschaut werden. Dabei ist es ohne Belang, ob die Freunde von heute die Feinde von morgen sind und umgekehrt. Hören wir also:

a) Der Abgeordnete Tittmann aus der nationalsozialistischen Fraktion ist so sozial, daß er erst zum Offenbarungseid gezwungen werden muß, ehe seine Frau, von der er getrennt lebt, das zum Leben Nötige erhält.

b) Von dem Agitationsleiter der Nationalsozialisten, Georg Strasser, sagt sein früherer Parteifreund Dr. Dinter in seiner Zeitschrift „Das Geistchristentum", Heft 16/1919, S. 182 ff., die Zeitungen des Herrn Strasser haben einen **„verworrenen, blutrünstigen Inhalt"**, Strasser sei ein Jesuit (vgl. II. Teil, Nr. 17 dieser Broschüre).

c) Der Führer des Völkischnationalen Blockes, der Abgeordnete **v. Graefe-Goldebee**, betitelt einen Aufsatz, der in dem „Deutschen Tageblatt" vom 18. April 1928 erschienen ist, „Nationalsozialistische Dreckspatzerei".



Er beginnt folgendermaßen:

„Der nationalsozialistische Abgeordnete Gregor **Strasser** gehört schon im Reichstag zu denjenigen, die da glauben, daß der Ton der Gosse die Legitimation für den „großen Politiker" ausmache; in seinem Berliner nationalsozialistischen Wochenblättchen pflegt er sich aber in dieser Beziehung noch selbst zu übertrumpfen . . .

**Man verlangt bekanntlich vom Ochsen nicht mehr denn ein Stück Rindfleisch, und so auch von diesem fanatischen Römling keine objektive oder gar gesittete Wahrheitsliebe. . . .**

Wohl aber bemüht sich der Römling Strasser nach 15 Jahren, ausgerechnet unter nationalsozialistischer Firma (sehr beachtlich), dem Juden Bernstein zu sekundieren — immer wieder Kaftan und Kutte als gemeinsame Feinde völkischer Erneuerung! . . . Womit ich das unästhetische Kapitel Strasser verlasse."

Der Abgeordnete Strasser antwortete in den Blättern seines Kampfverlages, also in etwa 6 bis 8 Zeitungen:

„Der getroffene Hund bellt! — Doch beleidigen wir dieses edle Tier nicht, denn es ist ja nicht von ihm, sondern von dem größten Verleumder die Rede, dem „ehrenwerten" Herrn v. Graefe-Goldebee. Gleich einem Schwein, das sich in dem Morast der Kloake wälzte und dann den Dreck überall hinträgt, das Saubere schmutzig und das Helle blind macht, bewegt er sich in seinem „Deutschen Tageblättchen" (Nummer 91, 18. April 1928). Daß er Strasser mit dem Juden Bernstein zusammenkoppelt und daraufhin schreibt, daß „Kaftan und Kutte als gemeinsame Feinde völkischer Erneuerung" anzusehen seien, wobei er unter Kaftan den Juden Bernstein und unter Kutte den Nationalsozialisten Strasser verstanden haben will, das zeugt von der

**abgrundtiefen, fürsorgereifen Niedrigkeit, Schmutzigkeit, Gemeinheit und eines Zuhälters würdigen Sinnesart des „völkischen" Herrn v. Graefe."**

**Vier Jahre zuvor waren Gregor Strasser und Herr v. Graefe Fraktionskollegen, heute beschimpfen sie sich**

**in einem Ton, der auf der Gasse üblich ist, aber nicht bei ernsten Politikern.**

d) Der „Nationalsozialist", das Blatt der damals bestehenden Großdeutschen Volksgemeinschaft, einer nationalsozialistischen Gruppe, schreibt im Februar 1923 über das Verhalten der norddeutschen völkischen Führer:

„Der „Völkische Kurier", das Organ der blockvölkischen Freiheitspartei, hat seit mehr als einer Woche ruhig zugesehen, wie unser Führer Adolf Hitler in einer geradezu frivol-perfiden, jesuitisch-junkerhaften, schamlosesten und scheelsüchtigsten Weise von dem Berliner Intrigantentriumvirat Wulle, Graefe, Reventlow herabgesetzt wurde.

Die „politischen Pikkolos" dieser größenwahnsinnig gewordenen völkischen, wodansüchtigen Illuminatengesellschaft im Norden, dieser von Ostelbiersnobismus und Ostelbiertroddelosis triefenden Korona in Berlin haben die Maske der Hitler-Treue von sich geworfen und nicht einen Finger gerührt zu all der Schmach und Schande."

**Ein Jahr später standen Graefe und Reventlow auf einer Liste mit den engsten Hitler-Freunden** zur Kandidatur für die „Völkische Freiheitsbewegung".

e) Den Gipfel persönlicher Minderwertigkeit stellt der nationalsozialistische Hauptagitator **Münchmeyer** dar, von dem in einem Flugblatt unwiderlegt und ohne daß Klage erfolgte, behauptet werden konnte, daß er

**in den letzten Jahren für fünf verschiedene Parteien agitiert habe, daß er weder Pfarrer sei, noch den Titel a. D. tragen dürfe, daß ihn das Schöffengericht Emden wegen verleumderischer Beleidigung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt habe, daß das gleiche Schöffengericht in seinem Urteil vom 7. Mai 1926 feststellte, er habe sich wiederholt an Frauen herangemacht, daß eine Behauptung, die er aufgestellt hatte, wissentlich falsch und eine Lüge und eines Geistlichen durchaus unwürdig war, daß er im Gotteshaus über Dinge und in einer Form gesprochen habe, die „nicht nur die Kirche gefährden, sondern auch im Munde eines Geistlichen absolut verwerflich" sind; daß er „verwerflichen Terror" gegen Geschäftsleute, seine eigenen Pfarrkinder ausgeübt hat; daß er unter der „lächerlichen Ausrede", eine Narbe am Körper eines Mädchens „kontrollieren" zu wollen, unsittliche Berührungen vornahm; daß er „Gerüchte in die Welt zu setzen" wagte, für die er „hernach den Beleidigten die Unterlagen zur Verfügung zu stellen sich weigerte", und daß er, „nach Art alter Klatschweiber" umherging, um „eine einwandfreie deutsche Familie" zu verleumden und in Mißkredit zu bringen. Trotzdem bleibt Münchmeyer Vorkämpfer für Reinheit, Sittlichkeit, Erneuerung.**



### 10. Urteile aus Rechtskreisen über die Nationalsozialisten.

a) Nach dem Hitler-Putsch erklärte der rechtsstehende bayerische Ministerpräsident Knilling:

„. . . Das, was am 8. November 1923 im Bürgerbräukeller proklamiert wurde, war **nicht bloß ein hochverräterisches Unternehmen, sondern auch eine Riesendummheit, zugleich aber eine Todsünde gegen den vaterländischen Gedanken,** dem durch solchen Wahnwitz ein geradezu tödlicher Schlag versetzt werden mußte . . ."

b) Die frühere deutschvolksparteiliche Zeitung „Die Zeit" schreibt im April 1923 (während des Ruhrkampfes):

„Ferner geht Hitler und seinen Anhängern **jedes Gefühl für die politischen Erfordernisse des Augenblicks ab.** Denn sonst würden sie nicht gerade jetzt, wo Einigkeit und Geschlossenheit oberstes Erfordernis ist, der eigenen wie der Reichsregierung trotzen und offenen Widerstand gegen bestehende Gesetze predigen."

### 11. Hitler im Urteil der Rechtspresse.

a) Die „Kreuz-Zeitung" Nummer 459 vom 1. Oktober 1925 schreibt:

„Hitlers Reden waren ganz bestimmt eine Tat, denn sie haben etwas geschaffen. Ganz einerlei, wie man sich zu der Schöpfung selbst stellen mag. Hitlers Tat war ideal geboren, hat Elemente mit sich gerissen, die wertvoll sind.

**Von alledem spürt man in dem ganzen Buche kaum einen Hauch. Ja, man fühlt sich stellenweise direkt abgestoßen. Da werden unverdaute Weisheiten mit arroganter Handbewegung aufgetragen ..... Man sucht nach Geist und findet nur Arroganz, man sucht Anregung und erntet nur Langeweile, man sucht Liebe und Begeisterung und findet Phrasen, man sucht gesunden Haß und findet Schimpfwörter ...“**

So schreibt eine Rechtszeitung!

b) Hitlers enge Verbindungen zu den Kapitalisten Brückmann und Bechstein haben wir schon erwähnt. Daß Hitler versucht, mit größeren Industriellenkreisen Beziehungen zu schaffen, geht aus nachstehender Notiz hervor:

Die **Informationsbriefe des früheren völkischen Abgeordneten Wulle** vom 28. August 1926 bringen mit der Einleitung: „Ein alter Nationalsozialist, der in Nürnberg seine ganze Existenz für Hitler geopfert hat“, folgende Ausführungen:

„Im Ruhrgebiet hat Hitler, als er vor einigen Wochen einen großen Redefeldzug in „geschlossenen Mitgliederversammlungen“ trotz Severings Redeverbot durchgeführt hat, durch einflußreiche Vermittlung es fertiggebracht, vor einem Saale voll Wirtschaftsführer — also den „Prominenten“ — einen Vortrag über „Deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik“ halten zu dürfen, um diese Prominenten, **also die Industriellen und Kapitalisten,** für die Ideen seiner Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu „interessieren“. Hitler hat die deutschvölkische Freiheitsbewegung kürzlich offiziös — oder offiziell? — oder unverbindlich? — durch Herrn Strasser belehren lassen, daß er mit seiner Arbeiterpartei **das Revolutionäre in der völkischen Bewegung verkörpere,** während die um Graefe als satte Bürger sich mit den bestehenden Verhältnissen abgefunden hätten, also zu den parlamentarischen Trotteln gehören. Ob unter den prominenten Wirtschaftsführern in Westfalen gar kein solcher parlamentarischer Trottel vorhanden war, ist ebenfalls nicht zu lesen im Bericht der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, den ich mir im Original habe kommen lassen. Ob Hitler diese



Wirtschaftsführer nun zum „Bürgerpack“ oder zu seinen „Revolutionären“ rechnet, ist zweifelhaft. Auch war des Bürgerpacks „Pressecanaille“ ihm nicht zu schlecht, um in begeisterten Berichten seine überragende Größe und seine Redekunst dem vertrottelten „Bürgerpack“ zum Sonntagskaffee zu beloben, nicht ganz ohne Verbrämung mit jüdischen Inseraten.“

**Hitler ist also in der Lage, es allen recht zu machen, den Kapitalisten und den Arbeitern, den Monarchisten und den Revolutionären. Alles kommt bei ihm auf seine Rechnung; denn in nichts hat er, wie die „Kreuz-Zeitung“ zeigte, eine klare Auffassung von den Problemen.**

## 12. Kampf gegen Juda und Rom.

a) Graf Reventlow, heute Fraktionsgenosse der NSDAP. unter Hitlers Kommando, schreibt am 7. Februar 1925 im „Reichswart“:

„Den Frieden mit Rom machen! — Was bedeutet das politisch? Seinen Frieden mit Rom machen kann Herr Hitler nur,

**wenn er sein eigenes Programm umstößt oder versumpfen läßt oder nicht mehr ernst behandelt.**

Ja, sagen Herr Hitler und seine Wortführer, es ist selbstverständlich unmöglich, gegen zwei Feinde auf einmal zu kämpfen. Man muß erst den einen schlagen, womöglich mit Hilfe des andern, und dann sich gegen diesen wenden. Das ist höchst staatsmännisch-strategisch gedacht; ganz der kleine Napoleon in der Westentasche. Ein wahrhaft genialer Schachzug: erst Arm in Arm mit dem Klerikalismus den Marxismus totschlagen, dann mit den Knochen des erlegten Marxismus den Klerikalismus, also Rom, zu Boden strecken! Wer so denkt und handelt, dem würde die völkische Bewegung, wenn sie auf dem Scheiterhaufen stände, mit Recht dasselbe sagen wie Johann Hus, als eine alte Frau eifrig trockenes Holz herbeibrachte: Du heilige Einfalt!

**Ein Friede mit Rom unter römischen Bedingungen macht dem Völkischen, welcher ihn geschlossen hat, unmöglich, für den völkischen Gedanken wirklich und wirksam zu kämpfen.“**

Hierzu schreibt das „Deutsche Tageblatt" vom 22. Februar 1925:

„... Wir sind uns klar darüber, daß Reventlows Worte ins Schwarze getroffen haben. Der ultramontane Aufmarsch gegen die völkische Bewegung ist vollendet. München ist lediglich eine Filiale."

b) Hitler auf dem nationalsozialistischen Führertag, München, September 1928:

„Wenn wir gegen das Zentrum kämpfen, so nicht, weil es vorgibt, eine katholische Partei zu sein, sondern weil es Christentum und Katholizismus verrät. **Wir betrachten es als eine Heuchelei, das Christentum in den Mund zu nehmen, um damit Wahlgeschäfte zu machen.** Denn wäre das Zentrum wirklich christlich, dann würde es an unserer Seite stehen ..."

Aber im Oktober 1928 ist Dr. Artur Dinter, einer der führenden Nationalsozialisten und Mitglied des Thüringischen Landtages, von Adolf Hitler bereits aus der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ausgeschlossen worden. Er erklärt in einer Sitzung des Thüringischen Landtages: Der Parteiführer Hitler habe ihn aufgefordert, **seinen Kampf gegen die „jüdisch-römische Papstkirche"** und seinen Kampf „zur Vollendung der Reformation durch Beseitigung der heilandswidrigen jüdischen Grundlagen beider Kirchen" **aufzugeben oder aus der Partei auszutreten.** Beides habe er jedoch abgelehnt, da er seinen religiösen Kampf lediglich außerhalb der Partei führe.

**Hitler hat also den Frieden geschlossen, der, nach Aussage seines Parteigenossen Reventlow, den völkischen Mann, der ihn schließt, zum Vorkämpfer unmöglich macht. Er opferte seine frühere Ueberzeugung, aber er blieb Vorkämpfer.**

## 13. Nationalsozialisten und Kommunisten.

Die Nationalsozialisten behaupten, daß der **Marxismus der Todfeind des Nationalsozialismus sei. Mit den Kommunisten aber haben sie sich angefreundet**, weil sie glaubten, deren zerstörerische Tätigkeit für sich zum Schaden des Reiches ausnutzen zu können.

1923 schrieb **Graf Reventlow** (heute nationalsozialistischer Abgeordneter) in der **kommunistischen „Roten Fahne" Leitartikel** und führte Kontroversen mit Radek, dem Bolschewistenführer.

In der August-Nummer des „Hammers" 1923 beweist eine Notiz „Völkische und Kommunisten", daß in diesem Vorgehen gegenüber den Kommunisten System liegt. Es heißt: Dr. Dinter (nationalsozialistischer Abgeordneter) sprach in Jena vor einer Versammlung von Kommunisten, die ihn verständnisvoll anhörten ...

„In der Aussprache schlugen einige Kommunisten geradezu nationale Töne an; andererseits zeigte sich freilich, daß infolge einer planmäßigen Irreführung viele in unberechtigten Vorurteilen gegen die Völkischen, besonders gegen die Hitler-Gruppe, befangen waren. — Oeftere derartige Aussprachen werden hoffentlich beide Lager einander näherbringen."

## 14. Nationalsozialistische Agitationsmittel.

a) der „Bayerische Kurier" (April 1924) schreibt nach Beendigung des Prozesses gegen den Stoßtrupp Hitlers (Putschprozeß): „In einer Besprechung mit den Führern der militärischen Verbände der Nationalsozialisten, die am 23. Oktober in München stattfand, wurde .... folgende Weisung durch den Hauptmann a. D. Göhring, den Führer des Hitler-Sturmtrupps gegeben: „Die Führer haben in ihren Bezirken Aufrufe für die Uebernahme der Gewalt sofort vorzubereiten.

**Es muß mit schärfstem Terror vorgegangen werden."**

b) Der Reichstagsabgeordnete Goebbels schrieb in einer Broschüre „Freiheit der Arbeit", Seite 13: „Dann kam **die immer notwendige blutige Auseinandersetzung mit Stuhlbeinen und Revolvern."**

**Stuhlbeine und Revolver sind also die „geistigen" Mittel, mit denen sich die Nationalsozialisten durchsetzen wollen.**

## 15. „Freiheit", die die Nationalsozialisten meinen.

Professor Bartels, führender Nationalsozialist, gab auf einer Tagung 1924 folgende Auslegung des Begriffes

„Freiheit": „Ich kann das verdammte Wort Freiheit nicht mehr hören und wünschte, es **käme endlich einer, der uns mit dem Knüppel auf den Kopf haut.**"

Jetzt weiß man, wie man sich in den führenden Kreisen des Nationalsozialismus die Befreiung des Volkes denkt: „Knüppel auf den Kopf!"

## 16. Beamtengewissen und Nationalsozialismus.

In der Einleitung zur Broschüre „Der Hitler-Prozeß" heißt es: Eine Persönlichkeit hatte erfaßt, worum es sich handelte, der **Polizeipräsident Pöhner ... er duldete die eingeleitete Arbeit** und hat sich damit ein nie zu vergessendes Verdienst um die deutsche Freiheitsbewegung gesichert. (S. 3.)

Pöhner selbst gestand zynisch: „Nun ja, was Sie da von einer strafbaren Handlung sprechen: ich mache ja keinen Hehl aus meiner gesamten Einstellung.

**Wenn das, was Sie mir da vorwerfen Hochverrat ist, so treibe ich das jetzt schon seit fünf Jahren."** (S. 40, Der Hitler-Putsch.)

**Der Mann, der so vor Gericht aussagte, war niemand anders als der Polizeipräsident von München. Der Nationalsozialismus hält es also mit seiner Stellung zum Staate für vereinbar, hohe Beamte zu einem Verhalten zu veranlassen, das zu Putschen, d. h. also zum Verbrechen des Hochverrats führt.**

## 17. Immunität in Theorie und Praxis.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Strasser zeichnet für elf **Zeitungen seiner Partei verantwortlich** und **flüchtet sich hinter seine Immunität,** wenn die zügellose Tonart seiner Blätter zu strafrechtlichen Schritten Anlaß gibt. Sein Parteigenosse Gottfried Feder, M. d. R., ist z. B. verantwortlicher Schriftleiter für sechs nationalsozialistische Blätter, die in verschiedenen Orten erscheinen. Feder und Strasser besitzen also die außerordentliche Fähigkeit, mit zwei Augen an verschiedenen Orten verschiedene Zeitungen gleichzeitig prüfen zu können. Eine solche geistige Größe fühlt sich



natürlich über alle Regeln erhaben und sogar an die programmatischen Erklärungen seiner eignen Partei nicht mehr gebunden.

Wenn **der amtliche Kommentar** zum Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei aus der Feder von Alfred Rosenberg auf S. 37 vermerkt, **„die Immunität der Angehörigen der Parlamente ist selbstverständlich abzuschaffen", weil nämlich „unter dem Schutz der unsittlichen Immunität" ... „sich ein Abgeordneter die frechsten Anpöbelungen des deutschen Volkes erlauben"** darf, so gilt **das natürlich nur für die kleinen, d. h. nicht nationalsozialistischen Geister.**

**Die Konsequenz, mit der die nationalsozialistischen Führer zu ihrem eigenen Programm stehen, ist bewunderungswürdig. Sicherlich werden sie ebenso folgerichtig ihre anderen Programmpunkte in die Tat umsetzen, sobald sie die Möglichkeit dazu haben.**

## 18. Die Partei über das Vaterland.

Als im Frühjahr 1928 die **deutschen Ozeanflieger** zusammen mit dem irischen Fliegermajor Fitzmaurice den Ozean bezwungen hatten, stellte der „Völkische Beobachter" fest, daß Fitzmaurice am 11. November 1918 mit der **Durchführung eines umfassenden Bombenangriffs auf Berlin beauftragt** war. Das Blatt bemerkt weiter: „.... Der Waffenstillstand, das Werk einer entmannten Heimat, verhinderte diese Schreckenstat. Soll man aber besondere Genugtuung darüber empfinden, daß es nicht mehr dazu gekommen ist? Wir konnten uns denken, daß auch deutschen Frontsoldaten die Person Fitzmaurices noch sympathischer wäre, wenn er damals,

**trotz des Waffenstillstandes, den Deserteur- und Meuterersumpf Berlin ordentlich verbombt hätte. Vielleicht hätte er damit eine Tat vollbracht, die seinen heutigen Flug noch übertroffen hätte."**

Der Standpunkt des „Völkischen Beobachters" ist also: **Ein Feind, der die eigenen Landsleute, sofern es sich um**

**Menschen anderer politischer Gesinnung handelt, tötet, steht uns näher als die eigenen Volksgenossen.**

### 19. Nationalsozialistische Rassenwissenschaft.

a) Eine der Hauptstützen der völkischen Rassenwissenschaft ist Professor P l a t e in Jena. Dieser trat als Sachverständiger in einem Beleidigungsprozeß auf, der sich im Oktober 1917 in Weimar abspielte. Es handelte sich um einen Streit zwischen dem nationalsozialistischen Redakteur Dr. Ziegler und dem Ministerialdirektor Dr. Rauch, in dem Dr. Ziegler den Dr. Rauch als „Rassejuden" bezeichnet hatte. Professor Plate erstattete ein Gutachten, in dem er mit gelehrtem Rüstzeug **Rauch als Juden nachwies.**

Da stand Ministerialdirektor Dr. Rauch auf, zog eine Anzahl Urkunden hervor und bewies, daß **seine Familie seit 1350 ohne jeden jüdischen Einschlag geblieben sei.**

b) Dr. Dinter bezeichnet im Aprilheft seiner Zeitschrift „Das Geist-Christentum" **Dr. Goebbels,** des nationalsozialistischen Agitators, als **südländisch.**

**Die Herren Nationalsozialisten sind sich untereinander über die „Rasse" ihrer Parteigenossen nicht einig, aber zur Grundlage ihrer Politik reicht die Wissenschaft aus.**

### 20. Wenn die Nationalsozialisten an die Macht kämen.

Bei den Verhandlungen über den Hitler-Putsch behauptet die Anklageschrift (Der Hitler-Prozeß, S. 14), daß bei der Druckerei Parcus & Mühlthaler durch bewaffnete Hitler-Abteilungen in Hitlers Auftrag Geldsummen beschlagnahmt worden seien, mit denen die Truppen des Hitlerschen Kampfbundes abgelöst wurden, und Hitler selbst gab zu (S. 28): **„Die Geldbeschlagnahme bei Parcus habe ich angeordnete."**

**Wenn also die Nationalsozialisten wiederum stark genug würden, um einen Putsch zu riskieren, müßte man mit ähnlichen Raubzügen rechnen.**

**Und das sind die gleichen Leute, die auf die Novemberverbrecher schimpfen, denen ähnliche Räubereien im Auftrage des maßgebenden Führers nicht zur Last gelegt werden können.**



# Zusammenfassung.

Fassen wir Arbeitsweise und Arbeitsinhalt des Nationalsozialismus zusammen, stellen wir die Frage:

**„Wie arbeitet die Partei im Volke?"**

so können wir antworten:

**Sie schildert zunächst einmal in ihren Versammlungen, in ihren Zeitungen, in ihren Flugschriften und Plakaten das Elend im deutschen Volke, das zweifellos tatsächlich vorhanden ist, das von keiner Seite bestritten, von allen beklagt wird. Aber wir sahen, daß sie Gemeinplätze für ewige Weisheit und neue Erfahrung ausgibt. Welche Parteien hätten jemals gewagt, mit anderen Grundsätzen vor das Volk zu treten als „Gemeinnutzen geht vor Eigennutz?"**

**Mit dieser und ähnlichen selbstverständlichen Forderungen wird das Volk umnebelt, man rechnet mit der durchschnittlichen Unerfahrenheit des einfachen Mannes, man erregt sein Verlangen nach Besserung der Verhältnisse und verspricht dann, wir werden euch aus dem Elend retten, und zwar mit Gewalt. Aber man verhüllt sorgfältig vor den Augen des einfachen Bürgers, wie diese Rettung erfolgen soll. Man geht auch einer Klarstellung aus dem Wege, indem man in den Versammlungen Gegner nicht zu Worte kommen läßt, und durch die S.-A.-Kommandos hinauswirft. Auf die Juden häuft man Verleumdungen und Beschimpfungen. Aber in die Versammlungen läßt man sie nicht hinein, weil man weiß, daß sonst die Lügen widerlegt würden. Treue, deutsche Aufrichtigkeit stellen die Nationalsozialisten immer wieder in den Mittelpunkt ihres Erneuerungsprogramms. Solches Verhalten aber ist nicht deutsch, treu, aufrichtig.**

# Literatur-Verzeichnis.

In der vorliegenden Arbeit sind die grundlegenden Schriften der nationalsozialistischen Bewegung von **Feder, Hitler, Jung und Rosenberg** verwendet worden. Es handelt sich hierbei durchweg um parteioffiziöse Veröffentlichungen. Die Beschränkung auf eine geringe Zahl der wichtigsten Veröffentlichungen erschien um so notwendiger und angebrachter, als auch bei der Benutzung der in die Hunderte gehenden Einzelschriften und Flugblätter stets nur Variationen der in den hier berücksichtigten Schriften behandelten Hauptthemen anzutreffen sind.


**Feder,** Gottfried: Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes. Diessen vor München, 1920, Huber (zitiert: Feder, I).

— — Der Dawes-Pakt. Nach dem Originaltext des Sachverständigenkomitees vom 9. April 1924 mit Kommentaren. Heft 7 der nationalsozialistischen Bibliothek München 1929, F. Eher Nachf., G. m. b. H.

— — Das Programm der NSDAP. und seine weltanschaulichen Grundgedanken. Heft 1 der nationalsozialistischen Bibliothek München 1928, F. Eher Nachf., G. m. b. H. (zitiert: Feder, Programm).

**Hitler,** Adolf: Mein Kampf. Eine Abrechnung. 1. Band München 1925, F. Eher Nachf., G. m. b. H. (zitiert: Hitler, I).

— — Mein Kampf. Die Nationalsozialistische Bewegung, München 1927, F. Eher Nachf., G. m. b. H. (zitiert: Hitler, II).

— — Die Südtiroler Frage und das deutsche Bündnisproblem. München 1926, F. Eher Nachf., G. m. b. H.

**Jung,** Rudolf: Der nationale Sozialismus. Seine Grundlagen, sein Werdegang und seine Ziele. München 1922, Deutscher Volksverlag (zitiert: Jung).

**Rosenberg,** Alfred: Wesen, Grundsätze und Ziele der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. München o. J., Deutscher Volksverlag (zitiert: Rosenberg).

— — Der Hitler-Prozeß. F. Eher Nachf., G. m. b. H. 1924.